



Stellungnahme zum Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften (vom 26.04.2023)

Als Ehrenamtsverband lebt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) davon, seine breite Wissensbasis in der Mitgliedschaft für die Einordnung neuer oder veränderter Gesetze und Verordnungen zu nutzen. Die ist mit einer so kurz gesetzten Stellungnahmefrist nicht möglich und erhärtet den Eindruck, dass eine Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure wie dem BUND nicht wirklich gewünscht ist.

Da der Prozess keine Zeit bietet den Gesetzentwurf adäquat zu prüfen, sehen wir ihn als Farce anstelle einer ernstgemeinten Beteiligung. Wir werden deshalb nur einige wenige allgemeine Einschätzungen beisteuern.

Der BUND begrüßt die Ergänzung der Lkw-Maut um eine CO₂-Komponente. Insbesondere eine Festschreibung der Höhe von 200€ pro Tonne CO₂ ist in diesem Zusammenhang wichtig.

Für den BUND ist aber die nicht im Gesetzentwurf zu findende Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Straßen, mit entsprechender Beteiligung der jeweiligen Straßenbaulastträger, eine vertane Chance. Diese Maßnahme wäre sowohl für die Finanzierung des Erhalts des nachgelagerten Straßennetzes sinnvoll, als auch dafür, Ausweichverkehre von bemauteuten Straßenabschnitte, auf eben dieses nachgelagerte Straßennetz zu vermeiden.

Zusätzlich sehen wir es kritisch, dass Lkw aufgrund ihres Antriebs von Beiträgen zum Erhalt der Infrastruktur befreit werden sollen. Mit Blick auf die Verlagerungsziele der Bundesregierung und eine dauerhafte Unterhaltsfinanzierung der Bundesfernstraßen ist dies nicht zielführend.

27. April 2023

Kontakt/Ansprechpartner:

[REDACTED]

Leiter Verkehrspolitik

E-Mail: [REDACTED]@bund.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Kaiserin-Augusta-Allee 5

10553 Berlin

Fax: +49 30 275 86 – 440

www.bund.net